



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24884 - 99
Fernschreiber 0286890

P/XIII/139 - 25. Juni 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1-1a	Verfassungsgericht verurteilte politische Steuerkorruption Karlsruhe zur Finanzierung der Parteien	64
2	Washington und Moskau in Genf an einem Tisch Am 1. Juli Beginn der Verhandlungen über Atomkontrolle	43
3 - 4	Hochsommerstürme über dem Ostmittelmear Zypern und Libanon aus der Sicht Londons	68
5 - 6	Freizeit und Erholung - was das Land Hessen dafür tut Eine stolze Erfolgshilanz der Regierung Zinn	64
7	Gute Arbeit für Deutschland Zur Rückkehr des Bundespräsidenten von seiner Amerikafahrt	52

* * * *

* * * *

Verfassungsgericht verurteilte politische Steuerkorruption

sp - Noch vor wenigen Tagen - und zwar bei der Beratung der Etzel'schen Steuerreform, die den kapital- und einkommenstarken Kreisen besonders hohe Steuergeschenke bringt - haben die Sozialdemokraten wiederum beantragt, die von den Regierungsparteien 1955 und 1956 gegen den Widerstand der SPD eingeführte Steuerbefreiung von Spenden an Parteien zu beseitigen. Die Regierungsparteien lehnten erneut ab.

Nun hat sie das Bundesverfassungsgericht über die Verfassungswidrigkeit ihrer Gesetze und Steuerverordnungen belehrt. Sie verletzen den Gleichheitsgrundsatz der Verfassung und begünstigen jene kapital- und einkommenstarken Kreise, die sich vor der Regierungspolitik besonderen Vorteil versprechen. In schlichtem Deutsch nennt man solche politischen Praktiken Korruption.

Auf den Klageantrag der hessischen Staatsregierung hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe nun zwar die direkte steuerliche Begünstigung der Spenden an Parteien für verfassungswidrig erklärt, doch bleiben weiterhin Spenden "zur Förderung staatspolitischer Zwecke" zulässig.

Das bedeutet zum Beispiel, die "Staatsbürgerliche Vereinigung", eine Tarnorganisation der Regierungsparteien zur Finanzierung ihrer Wahlpropaganda, darf auch künftig solche steuerlich abzugsfähigen Spenden entgegennehmen. Zwar darf die "Staatsbürgerliche Vereinigung" diese Spenden weder mittelbar noch unmittelbar an die Parteikassen weiterleiten, doch kann sie selbst unmittelbar werbend für staatspolitische Zwecke wirksam werden. Sie kann also von sich aus Stellungnahmen nach dem Muster der "Waage"-Inserate, vielleicht auch der Erhard-Inserate zum Zwecke der Förderung der Regierungsparteien finanzieren.

Karlsruhe hat trotz der Bezugnahme auf die Artikel 3 und 21 des Grundgesetzes nur eine halbe Entscheidung zu fällen vermocht. Der Gleichheitsgrundsatz der geschriebenen Verfassung ist gewahrt; tatsächlich bleibt aber die Begünstigung sowohl gewisser Parteien als auch gewisser Einkommen damit bestehen.

Dem Verfassungsgericht ist aus dieser nur halben Lösung des Problems kein Vorwurf zu machen. Es konnte sich nur an dem Gleichheitsgrundsatz der geschriebenen Verfassung, nicht aber an der Ungleichheit unserer soziologischen Struktur orientieren, die dem Besitzenden immer die Möglichkeit gibt, politisches Ungleichgewicht und somit politische Macht zu konstituieren. Aber Karlsruhe hat den Missbrauch dieser politischen Macht in Form steuerlicher Begünstigung gekennzeichnet und für verfassungswidrig erklärt.

Damit ist der Gesetzgeber, das Parlament, moralisch verpflichtet, den in Karlsruhe aufgezeigten Weg der Rechtsgleichheit weiterzugehen. Es hätte endlich das Parteiengesetz zu schaffen, das Artikel 21 der Verfassung vorschreibt, denn dieses Gesetz soll die Parteikassen durchsichtig und die Kräfte sichtbar machen, die aus ihrer materiellen Machtposition versuchen, politische Entscheidungen, ausserhalb des allein zulässigen Weges in demokratischen Wahlen, unter ihren Einfluss zu bekommen.

Nach dieser formalrechtlichen Entscheidung in Karlsruhe wird jedoch ein Parteiengesetz allein nicht mehr genügen. Die Gleichheit der politischen Kräfte in unserer Demokratie kann der Gesetzgeber nur dann wahren, wenn die noch immer steuerbefreiten Spenden "zur Förderung staatspolitischer Zwecke" der Kontrolle aller demokratischer Parteien unterliegen und ihre angemessene Beteiligung daran garantieren - wenn er sich nicht entschliessen sollte, die Steuerfreiheit dieser Spenden überhaupt zu beseitigen.

In dieser staatspolitisch so wichtigen Frage war es wieder einmal den Sozialdemokraten und diesmal der Initiative der sozialdemokratisch geführten hessischen Regierung überlassen, die Grundrechte der Verfassung und die Sauberkeit des politischen Lebens in der Bundesrepublik zu wahren. Den Regierungsparteien aber hat Karlsruhe bescheinigt, dass sie in undemokratischer Weise politische Macht zur Festigung ihrer eigenen Position und zum materiellen Vorteil der Besitzenden ausgenutzt haben.

+ + +

Washington und Moskau in Genf an einem Tisch

sp - Trotz der Proteste gegen zertrümmerte Fensterscheiben und zersplitterte Tintenfüßer an den Fassaden mehrerer Botschaften worden sich am 1. Juli westliche und östliche Atom-Experten in Genf höflich die Hände schütteln und dann mit Verhandlungen über Kontrollmöglichkeiten bei einer eventuellen Einstellung von A- und H-Bombenversuchen beginnen. Wie lange diese Verhandlungen dauern werden und ob sie zu einem konkreten Ergebnis führen, weiss noch niemand.

In den USA sieht man den beginnenden Genfer Gesprächen mit gedämpftem Optimismus entgegen und scheint bereit zu sein, das Erdenklichste zu tun, um den Nachweis des guten Willens zu einer Entspannungspolitik mit Moskau zu erbringen. Zu diesem Zweck hat die amerikanische Regierung drei prominente Atomwissenschaftler der US-Delegation als Berater zugeteilt, von denen zwei (die Professoren Bethe und Turkewitsch) seit langem Befürworter der Einstellung von kontrollierten Atombombenversuchen sind. Von diesen Professoren ist auch bekannt, dass sie zu den schärfsten Gegnern des vor kurzem verabschiedeten Leiters der Atomenergiekommission, Strauss, gehören, der sich lange Zeit gegen Verhandlungen über die Kontrollmöglichkeiten von Atombombenversuchen gesperrt hatte.

Aber auch auf russischer Seite scheint man zu einem gewissen Entgegenkommen bereit zu sein. Wie es heisst, sollen die Russen in den Vorverhandlungen zur Genfer Expertenkonferenz angeboten haben, ihre rund 70 auf sowjetischem Boden befindlichen Erdbeben-Kontrollstationen westlichen Experten zugänglich zu machen. Nachrichten hierüber wurden bereits in Washington veröffentlicht; sie sind von Moskau nicht dementiert worden. Wenn man bedenkt, dass sich die Sowjetunion in der vergangenen Periode der Abrüstungsverhandlungen mit verbissener Energie dagegen zur Wehr gesetzt hat, ausländische Kontrolloren auf sowjetischem Boden zu Beobachtungen zuzulassen, würde die jetzige Zustimmung einen erheblichen Fortschritt bedeuten.

Die Vereinigten Staaten haben ihrerseits aber nicht nur personell einen Schritt nach vorn getan, als sie die Gegner von Strauss in die Genfer Delegation einbauten, sie sind auch bereit, bisher ängstlich gehütete Geheimnisse der von ihnen experimentierten Kontrollmöglichkeiten den Russen mitzuteilen.

Auf beiden Seiten küsst man sich jedoch im Augenblick, diese durchaus positiven Vorzeichen der Genfer Expertenkonferenz übermässig zu bewerten. Man scheint in Moskau und Washington zunächst mit einer längeren Periode des vorsichtigen Abtastens in Genf zu rechnen, ehe man zu konkreter Verhandlungsthemen gelangt. Trotzdem darf gerade angesichts der seit den Budapester Schreckensurteilen den politischen Himmel verüsterten Wolke von Kistrauen das Vorspiel zu Genf mit einer gewissen Erleichterung betrachtet werden.

25. Juni 1958

Hochsommerstürme über dem Ostmittelmeer

E.A., London

Der Anbruch des Sommers sah eine ungewöhnliche Konzentration von Waffen im östlichen Mittelmeer. Auf Zypern wurde die britische Garnison mit Fallschirmjägern, Artillerie und Garderegimentern verstärkt, Stosstruppen, deren Stärke die Vermutung nahe legt, dass sie nicht zur Aufrechterhaltung der bedrohten Ordnung, sondern zu einer militärischen Operation grossen Stiles zusammengezogen worden sind. In den Küstengewässern des Libanon kreuzt eine Armada von rund 80 Kriegsschiffen, die gesamte Sechste amerikanische Flotte mit rund 50 Einheiten und die britische Mittelmeerflotte, deren rund 30 Schiffe z.T. die amerikanische Konzentration verstärken oder in zyprischen Gewässern in Bereitschaft liegen. In wenigen Tagen werden die britischen Gardesataillone vollzählig in Zypern eingetroffen sein und die 1800 amerikanischen Marineinfanteristen, die eiligst nach dem Mittelmeer beordert wurden, werden die dort bereits befindlichen Stosstruppen verstärken. Der kritische Punkt, an dem die Libanon-Krise zu einer weltweiten Konflagration werden könnte, wird mit der Vollendung des Aufmarsches erreicht sein.

In Londoner amtlichen Kreisen verharret man dabei, dass die nach Zypern geflogenen Verstärkungen die Gefahr neuer Unruhen zwischen Griechen und Türken in Zypern verhindern sollen. Die Verkündigung des neuen Verfassungsplans, dessen Gelingen von einer friedlicher Zusammenarbeit zwischen dem griechischen und türkischen Bevölkerungsteil abhängt, lässt die Vorsichtsmaßnahmen gerechtfertigt erscheinen. An sich hat der orientalische Zypernplan vieles für sich. Wäre er in dieser Form zu Ende des zweiten Weltkrieges oder sogar noch vor drei Jahren vorgelegt worden, würde er wahrscheinlich die volle Unterstützung von Griechen und Türken auf der Insel und von den Regierungen in Ankara und Athen gefunden haben. Damals lebten die beiden Nationalitäten friedlich nebeneinander, die Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei waren freundschaftlich. Nun haben sich aber in der Zwischenzeit die Beziehungen zwischen Ankara und Athen derartig zugespitzt, dass an eine rationelle Zusammenarbeit im Augenblick nicht zu denken ist, und auf der Insel haben die Feindseligkeiten zwischen den Anhängern von Erosis und Taksim die Atmosphäre derartig vergiftet, dass auch da von einer sofortigen, verständnisvollen Zusammenarbeit an der inneren Verwaltung nur von Träumern gesprochen

25. Juni 1958

werden darf. Immerhin haben der Plan und die mit seiner Verkündung verbundenen Umstände ein Gutes hervorgebracht, nämlich die Anerkennung, dass Zypern nicht mehr ein koloniales Problem, sondern ein internationales darstellt. Neue Verhandlungen zwischen den Premierministern Grossbritanniens, Griechenlands und der Türkei dürften folgen, und im Hintergrunde steht der NATO-Rat in Hilfestellung bereit.

Weitaus explosiver erscheint im Augenblick die Situation im Libanon, wo ein internationaler Konflikt droht. Bedeuten die amerikanischen und britischen Konzentrationen im östlichen Mittelmeer nur einen Druck auf die Vereinten Nationen, zu handeln, oder aber erfolgten sie, um selbst zu intervenieren, falls die Beobachter der UN und sonstige von Hammerskjöld ins Auge gefassten Massnahmen sich als unzureichend erweisen sollten? Eine Antwort auf diese Frage lässt sich in London nicht erhalten. Hugh Gaitskell hat kategorisch erklärt: "Wir können uns kein zweites Suez leisten". Er begrüßte die Regierungszusicherungen, dass die nach Zypern beorderten Verstärkungen nur auf der Insel selbst als Ordnungstruppen eingesetzt werden würden.

Trotzdem kann man sich in Londoner politischen Kreisen des Eindrucks nicht erwehren, dass Grossbritannien in der Libanon-Politik im Schlepptau Amerikas segelt. Niemand hier, vielleicht nicht einmal Premierminister Macmillan, weiss, wie weit sich John Foster Dulles dem Libanon-Präsidenten Chamoun gegenüber festgelegt fühlt. Man glaubt aber sehr wohl zu wissen, dass Macmillan bei seinem Washingtoner Besuch der amerikanischen Regierung hinsichtlich der Mittelost-Politik einen Blankoscheck gegeben hat, der ihn zur vorbehaltlosen Billigung und falls notwendig, zur vollen Unterstützung verpflichtet. Falls es Foster Dulles dünkt, dass die Maschinerie der Vereinten Nationen nicht zur Rettung Chamouns ausreichen werde, so könnte er zu einer Intervention greifen, in dem vollen Bewusstsein, dass London mitmachen würde. Die Warnungen aus dem Oppositionslager haben genügt, um von Whitehall aus britische Interventionsabsichten zu dementieren. Werden sie aber auch ausreichend sein, um John Foster Dulles zu reiflicher Überlegung zu zwingen, ehe er seine Finger in das Wespennest des arabischen Nationalismus und des libanesischen Bürgerkrieges hineinsteckt?

+ + +

Freizeit und Erholung - was das Land Hessen dafür tut

Ein mitleidiger Blick hätte den weltfremden Städter getroffen, der in früheren Jahren einer überarbeiteten Landfrau empfohlen hätte, sich einmal acht Tage Ferien zu gönnen. Ferien, Ausspannen, dafür fehlte im Kalender einer Bäuerin der notwendige Platz. Wer sollte in der Zwischenzeit die Hausfrauenpflichten übernehmen? Da war der Hof, der Haushalt, die Kinder, Arbeit, die einen Tag voll ausfüllte. Und dann von Ferien sprechen? Selbst der Gedanke an einen Acht-Stunden-Tag wäre schon Prevel gewesen.

Doch nach dem Krieg ist vieles anders geworden. Dorfgemeinschaftshäuser entstanden in allen Teilen des Hessenlandes. Sie brachten zeit- und arbeitsparende Geräte und Einrichtungen: Waschmaschinen und Kühlanlagen nahmen den Frauen einen wesentlichen Teil Arbeit ab. Kinderspielparks enthoben sie der Sorgen um die Jüngsten. Heute gibt es in Hessen hundert Dorfgemeinschaftshäuser, weitere 40 befinden sich im Bau oder in der Planung. Sie haben aber nicht nur dem Wort "Rationalisierung" auf dem Land Eingang verschafft, sie wurden auch zu einem kulturellen Mittelpunkt der Gemeinden. Man ist nicht mehr hinter den Mond daheim. Es gibt endlich auch für die Dorfbewohner Freizeit und die Mittel und Wege, diese Freizeit sinnvoll zu nutzen. Das Leben auf dem Lande wurde lebenswert, wie es das Ziel des Ministerpräsidenten Dr. Zinn war, dessen Regierung die "soziale Aufrüstung" des Dorfes inspirierte. Untrennbar damit verbunden waren die "technische Aufrüstung", die Massnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur, die den Bauern erst die Arbeit und das Leben erleichterten. Der von den Bäuerinnen bisher unsonst geträumte Traum von ein paar Tagen der Ruhe und Entspannung wurde Wirklichkeit. Während sie sich im "Haus der Landfrau" von ihrem arbeits- und entbehrungsreichen Leben erholen, übernehmen ausgebildete Familienhelferinnen die Sorge um den Haushalt.

Wie das Tempo des technischen Zeitalters dem Landbewohner Erleichterungen brachte, bescherte es dem Städter Unrast und Hetze, verführte zur Einseitigkeit. Wirksamstes Gegenmittel waren Arbeitszeitverkürzungen, damit der Mensch sich wieder auf sich selbst besinne und sich

einen Ausgleich zum täglichen Einerlei schaffen könnte. Das Zeitalter der Steckenpferdreiterei brach an. Der Staat zeigte sich als verständnisvoller Käsen und schuf auch hier die Grundlagen für eine sinnvoll gestaltete Freizeit. Zwar überliess er die Initiative jeweils den verantwortlichen Organisationen, wirkte aber im Stillen als wohlwollender Förderer jener Hobbies, die dem Leben Ziel und Inhalt geben. Wie Kultusminister Arno Hennig sagte: "Der Staat soll und kann nur Anregungen geben, Unterstützung gewähren und den gesetzlichen Rahmen schaffen".

Und wieviel passt in diesen Rahmen hinein! Hessens Erwachsenenbildung kann sich sehen lassen. Überhaupt zeigt sich das kulturelle Leben des Landes in einer überraschenden Mannigfaltigkeit. Ausstellungen, Theater, Museen, Bibliotheken und Heimatmuseen laden zum Schauen, Forschen und Nachdenken ein.

Den Sportenthusiasten sind die staatlichen Zuschüsse, die in reichem Masse in den Bau von Schwimmbädern, Fussballplätzen und anderen Sportanlagen fliessen, sehr willkommen. Auch der Jugend gegenüber zeigt sich der Staat, gemäss der gern gebrauchten humorvollen Apostrophierung, als verständnisvoller "Vater". Unter seiner Schirmherrschaft entstehen Jugendheime und -herbergen. Wo junge Menschen unter rauschenden Baumwipfeln ihre Zelte aufschlagen, hat nicht zuletzt die Förderung durch die Landesregierung die Voraussetzungen geschaffen. Filme, Sport- und Bastelgeräte bleiben keine unerfüllbaren Wünsche. Der "Hessen-Jugendplan" hat sogar noch grössere Möglichkeiten eröffnet. Schliesslich was für Landfrauen gilt, trifft auch auf zahlreiche Städterinnen zu, die in der Alltagsarbeit und der Sorge für ihre Familie zu ersticken drohen. Der sorgenvolle Soufzer "Wenn unsere Mutti nur mal ein paar Tage raus könnte", ist schon manchem Vater einer kinderreichen Familie entschlüpft. Das Land Hessen nimmt ihm diese Sorge ab, denn seine Zuschüsse an die Verbände der freien Wohlfahrtspflege, die über das "Muttergenesungswerk" zahlreiche Erholungsheime betreiben, schaffen Rat. Gleiche Hilfe wird auch bedürftigen Kriegervitwen und the-gefährdeten Kindern zuteil.

Aus: Kommunalp. litische Rundschau
für das Land Hessen

+ + +

Gute Arbeit für Deutschland

sp - Mit fünf Doktorhüten, verliehen von einer kanadischen und von vier Universitäten der Vereinigten Staaten, kehrt der Bundespräsident, Professor Heuss, von einer Reise zurück, von der viele Amerikaner sagen, dass sie einen Triumphzuge glich. Zum ersten Male hatte ein deutsches Staatsoberhaupt den Boden Kanadas und der USA betreten. Das Grauen der Hitlerzeit lag als eine tiefe Kluft zwischen dem deutschen Volk und dem nordamerikanischen Kontinent, dessen Soldaten in zwei Weltkriegen gegen Deutschland kämpften. Mit seiner Versicherung, amerikanische und deutsche Soldaten würden "nie wieder gegeneinander kämpfen", eroberte sich Heuss die Herzen all derer, mit denen er in unmittelbare Berührung und Gespräche kam. Und es waren deren ungezählte. Sie umfassten die politische und geistige Elite Kanadas und der Vereinigten Staaten wie auch den Mann von der Strasse.

Heuss' Persönlichkeit, seine Würde, seine Bescheidenheit, sein unübertrefflicher Humor - der Schwabe in ihm lässt sich eben nicht verleugnen - seine Integrität, die Weite seiner Bildung und die Fülle seines Wissens trugen ihm vom ersten Tage Sympathie und Bewunderung ein. Wohl kein Deutscher der Nachkriegszeit fand in der Presse Kanadas und der USA so starke Beachtung wie der Inhaber des höchsten deutschen Staatsamtes. In ihm lernte der nordamerikanische Kontinent einen Mann von untadeligem Charakter und einen würdevollen Repräsentanten des neuen Deutschland und der neuen deutschen Demokratie kennen. Professor Heuss verkörpert, wie ein bekannter Journalist sich ausdrückte - einen Counsel seines Landes in mancher Formen des Denkens, der eine neue Annäherung möglich gemacht hat. Gab es noch Zweifel, wohin die Deutschen gehören, so hat sie Heuss in seiner überlegenen Ansprache vor der Repräsentantenhaus mit dem freimütigen Bekenntnis zerstreut:

"Die Deutschen wissen, wohin sie gehören. Aus ihrer geistigen, aus ihrer christlich-religiösen Tradition sind sie geschichtlich ein elementarer Bestandteil dessen, was man "westliche Welt" nennt. Hier gibt es für uns keine Neutralität. Es hat etwas Unheimliches, dass man aus dem Westen gelegentlich die Sorge hört, sie könnten sich morgen mit dem sowjetischen Totalitarismus verständigen, oder dass in Deutschland gelegentlich die Angst gespenstert, Washington und Moskau könnten sich finden, und Deutschland würde dann das Opfer sein".

Professor Heuss kam nicht nur als höchster Vertreter der Bundesrepublik nach Amerika, er kam auch als Botschafter des Dankes für die Hilfe, die das amerikanische Volk den Deutschen in den schweren Jahren der Nachkriegszeit gewährt hat. Waren viele Amerikaner der Meinung, die Bundesrepublik ausschliesslich mit Dr. Adenauer identifizieren zu müssen, so wissen sie seit den Tagen des Heuss-Besuches, dass die deutsche Demokratie auch von anderen sie prägenden Kräften und Persönlichkeiten getragen wird. Dem Bundespräsidenten gelang mit den Mitteln des Geistes die moralische Eroberung dieser beiden Staaten, die zu den stärksten Pfeilern der Weltdemokratie gehören - eine Gross-tat, deren Auswirkungen noch lange spür- und sichtbar sein werden. Professor Heuss hat durch seinen vierwöchigen Aufenthalt, der ihn in alle Ecken dieses Kontinents führte, gute Arbeit für Deutschland und die deutsche Demokratie getan, er kann eines herzlicher Willkommens nach seiner Rückkehr gewiss sein.

Verantwortlich: Günter Markscheffel